

# Merseburger Tageblatt

Bezugspreis: bei Haus durch die Postboten monatlich 2.70, monatlich 30 Pf. durch die Post bezogen 3.40. Halbjährlich: bei Abholung p. d. Exped. 12.00, 30 Pf. Einzahlungsnummer 15 91. — Drucken in 6 mal wöchentlich. — Für Anzeigen in Werbeführungen nach dem Tarif. — Verlagsort: Merseburg. — Fernruf: 100. — Geschäftsstelle: Günterstr. 4.

## Kreisblatt

Anzeigenpreis für die emp. Kleinzeile oder deren Raum 40 Pf. für 1000. Kleine Anzeigen, Geschäfts- und Familienanzeigen, 20 Pf. Die Anzeigen für die laufende Nummer werden für den Monat vor dem Erscheinen der Nummer berechnet. — Fernruf: 100. — Druckerei: Druck- und Verlagsanstalt.

## Zeitung für Stadt u.



## Kreis Merseburg

Ämtliches Anzeigenblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 304.

Samstag, den 29. Dezember 1918.

158. Jahrgang.

### Ämtliche Anzeigen

Seite 6 betr.:

Nationalwahl.  
Vervollständigung zur Entrichtung der bisherigen Steuern und Abgaben.  
Warnung vor einem Betrüger.  
Verkauf von Utensilien aus den Traindepots.  
Bekämpfung der Wochenfettmisse.

### Tageschronik

#### Die Regierungskrise.

Verlegung der Regierung aus Berlin?  
Verhandlungen zwischen Regierung und Zentralrat.  
Der König die Schuld an den Straßenkämpfen in Berlin?  
Erzberger über den Wasserbund.  
Neue Übergriffe der Streikenden im Ruhrgebiet.  
Die Belgier wollen Eisen besetzen.  
Koch macht Zugeständnisse für die Wahlen im besetzten Gebiet.  
Straßenkämpfe in Posen.

### Spartakus letzter Streich.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Die Dinge treiben zur Katastrophe: Es war klar, daß der Sieg der Volksmassen nicht vor allem eine Wirkung ausüben würde. Die Regierung hat sich jedoch gezeigt, sie hat sich in Verhandlungen eingelassen, sie verneint die Behauptung nicht zu widerlegen, daß die Truppen ihr untreu geworden waren, und hatte durch ihre zögernden Anordnungen weiter erreicht, daß schließlich der Aufstand erwidert werden konnte, als ob die Matrosen als Sieger aus dem blutigen Kampfe hervorgegangen seien. Spartakus istoch daraus, daß seine Zeit gekommen sei und bereite sich vor, nunmehr offiziell zum Gewaltstreik auszugehen. Die „rote Fahne“ bläst Alarm und die bürgerliche Presse berichtet, daß vielleicht noch heute (Freitag) der Streik erfolgen, die Spartakusgruppe die Regierung stürzen und eine Regierung Liebknecht-Ledebour-Eichhorn ausrufen würde. Bis zur Stunde, da dieses geschrieben wird, ist noch nichts von einem solchen Vorhaben der Liebknechtgruppe bekannt geworden. Aber eines ist auffällig: Während die Unabhängigen noch vor einigen Tagen einen biden Streik gefordert und sich den Spartakusleuten gegen, wieweil heute die „unabhängige Freiheit“ gegen die Regierung Scheidemann-Landsherg und fordert von ihr Rücktritt. Sie stellt sich rückwärts auf die Seite der Spartakusleute und die Rechte der Abhängigen gegen die Regierung ist wieder geschwunden. Daraus muß man auch den Schluß ziehen, daß selbst die Unabhängigen nicht vor Gewalt übergeht, wichtige Veränderungen in der Regierung beabsichtigen. In Berlin war heute das Gerücht verbreitet, die Regierung werde ganz neu besetzt werden, vor allem würden die Posten, die jetzt von den Mehrheitssozialisten besetzt sind, entweder anderen Mehrheitssozialisten, wahrscheinlich aber Unabhängigen übertragen werden. Die Regierung hatte lange Behauptungen, ist aber nichts, dem Gerücht entgegenzutreten. Nur der „Vorwärts“ teilt heute abend mit, daß eine Regierungskrise nicht besteht. Er mag dem Sinne nach recht haben. Von einer Krise kann keine Rede sein, da die Mehrheitssozialisten nie abzuweichen verstanden, aber selbst ist doch gewiß, der Radikalismus orientierte auf eine Umgestaltung der Regierung hin, und wenn er sie nicht durch Verhandlungen und „hässlichen“ Druck erreicht, werden eben die Spartakusleute handeln.

Man muß sich jedenfalls auf alles gefaßt machen. Die Schwäche der Regierung ist der Ausgangspunkt gewesen, der ihr jetzt alles Recht und alle Kraft zum Handeln genommen hat. Am Sonntag bereiten die Mehrheitssozialisten zwar eine große Demonstration vor, die beweisen soll, daß neunzig Prozent der Arbeiter und Soldaten hinter den Mehrheitssozialisten der Regierung stehen und die Rechte des „Vorwärts“ betont, einen die „Unabhängigen“ des Spartakus nicht toll. Ob diese Demonstration oder durch die „Vorwärts“ nicht schon überholt sein wird? Auch eines ist hinreichend in Betracht zu ziehen: Der Zentralrat, der heute zwar bereits einmündig ist, ist auch nicht, trotzdem er sich aus Mehrheitssozialisten zusammensetzt, in seiner Entscheidung. Diese soll erst morgen fallen. Auch sie wird von den Spartakusleuten

beeinflusst sein. Während die Regierung durch ihre schwache Haltung am 23. und 24. Dezember verloren hat, hat sie in der Nacht schon insofern gewonnen, als sich gezeigt, die Unabhängigen auf seine Seite geschlagen haben.

Mit Sorge muß man der neuen Entwicklung entgegensehen. Sie ist angetan, im Deutschen Reich gänzlich herabzuwürdigen und ihm das letzte Ansehen im Auslande zu nehmen. Man wird im Lande nicht begreifen können, daß es immer kommen konnte, obwohl sich fast alle aus dem Felde heimkehrenden Truppen hinter die Regierung stellten. Und man hat durchaus Recht, wenn man nur der Regierung selbst die Schuld beimißt. Nur ein Wunsch besteht alle: Möge die Regierung, so schwach sie auch ist, sich wenigstens noch bis zur Nationalversammlung behaupten, oder möge sie wenigstens noch im letzten Augenblicke die Kraft entwickeln, Mehrheitssozialisten ins Kabinett zu bringen und vorläufig den Radikalismus auszuschalten. Es geht in diesen Tagen schließlich um das Ganze. Mit dem Sieg Liebknechts würde die Nationalwahl weggetragen und die weitere Zukunft Deutschlands läge dann tatsächlich erst einmal unter der Diktatur dieses Mannes, der sein Wort Scheitern und Recht und Gerechtigkeit misachtet, dann aber in den Händen der Elemente, die es sich gewiß nicht nehmen lassen würde, den Einzugs in Deutschland zu halten.

### Die Regierungskrise.

#### Entscheidende Beratungen.

Berlin, 28. Dez. Die gemeinsame Sitzung des Rates der Volksbeauftragten und des Zentralrates der A. und S. Mates Deutschlands, die heute vormittag im Reichstagsparlament begonnen ist, wird sich, wie der „V. L. A.“ meint, mit der formellen Frage beschäftigen, ob der Zentralrat die Aufhebung der Truppen gegen die Matrosen durch die drei oltbeauftragten Feert, Scheidemann und Landsberg zu billigen gedenkt. Falls der Zentralrat diese Frage bejahet, werde ein Ausschuß der Unabhängigen aus dem Kabinett für wahrscheinlich gehalten. Daraus wäre nicht ohne weiteres der Schluß zu ziehen, daß sie auch auf die Regierungsgewalt verzichten wollten. Es liege durchaus im Bereiche der Möglichkeit, daß sie verlassen werden, auf eigene Faust eine Regierung zu bilden.

Die „V. L. A.“ sagt: Die Forderungen, die die Mehrheitssozialisten der Regierung zu stellen beabsichtigen, wenn sie weiter im Amt bleiben wollen, spielen in der Sicherstellung einer unbedingten unverfäglich militärischen Macht.

#### Die Mehrheitssozialisten treten nicht zurück.

Berlin, 28. Dez. Einem Pressevertreter gegenüber sprach sich Scheidemann darüber aus, daß die Mehrheitssozialisten an einen Rücktritt nicht denken, da sie sowohl in der Regierung als auch im Zentralrat die Oberhand haben.

Wie uns unser Berliner Vertreter mitteilt, scheinen Scheidemann, Landsberg und Feert jetzt auf alle Fälle einen ganz neuen Regierungswechsel vermeiden und sich nicht auszuscheiden lassen zu wollen, da sie dadurch die Verödigung des Friedens befürchten. Dann aber sollen sie in der Forderung selbstbleiben, die Nationalwahlen, wie es der Rongch der A. und S. Mates bezieht, am 19. Januar stattfinden zu lassen. Dienen beiden Forderungen werden sie in der inneren Politik andere optieren. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sogar einem vierten Unabhängigen ein Platz in der Regierung geschaffen wird.

#### Verlegung der Regierung aus Berlin?

Berlin, 28. Dez. Die Besprechungen zwischen den Mitgliedern des Zentralrates und den mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten haben inoffiziell am Freitag begonnen und den ganzen Tag angehalten. Sie werden offiziell am Sonntag abend eröffnet, weil vorher der Zentralrat sich nicht vollständig vernehmen lassen konnte. Soweit es möglich ist, aus diesen unverbündlichen Besprechungen einen Eindruck zu gewinnen, geht er dahin, daß die Mehrheitssozialisten nicht gewillt sind, aus der Regierung auszutreten und auch ihren Vertretern den Rücken gelächert haben. Dabei ist auch sehr ernstlich der Gedanke erwogen worden, ob es nicht vielleicht notwendig und nützlich ist, den Sitz der Regierung von Berlin zu verlegen in eine kleinere Stadt, wo die höchste

Reichsgewalt nicht zum willkürlichen Werkzeug der Straßenvöllerei gemacht werden kann. Auch darüber wird wahrscheinlich erst der Sonnabend die Entscheidung bringen. Es ist aber zweifellos, daß der Gedanke einer Verlegung der Regierung aus Berlin sehr viele Fremde hat und daß deshalb eine große Wahrscheinlichkeit für die Möglichkeit einer solchen Verlegung spricht.

### Arbeit ist des Bürgers Zierde.

Um dem völligen Ruin und damit dem Untergange zu entgehen, muß Deutschland so hart arbeiten wie nie zuvor, so sparsam leben wie in den schlimmsten Zeiten und so gewissenhaft auf Erhaltung halten wie in seinen besten Tagen. Nur dann vermögen wir vielleicht den hohen feindlichen Anforderungen, die uns nicht erpart bleiben werden, zu genügen; nur dann dürfen wir hoffen, aus der schweren Kriegserziehung herauszukommen und unser Wirtschaftsleben wieder aufzurichten zu können. Heute sieht die Lage verzweifelt genug aus. Wir hätten nach Abkündigung des Waffenstillstandes der größten Ruhe und Sammlung bedurft, um die Wirtschaft wieder in Bewegung zu bringen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Unterbringung der Millionen heimkehrender Frontsoldaten, die Sorge um ausreichende Volksernährung, die Abstellung der Wohnungsnot, alles das erfordert eindruckliche, ungehörte Ueberlegung und Tätigkeit. Statt dessen finden wir tief in revolutionärem Wirrwarr und kommen nicht wieder heraus. Während Hunderttausende nach Arbeit suchen, wird alles getan, um Industrie und Gewerbe, wenn nicht totzuschlagen, so doch völlig ins Stocken zu bringen. Ueberall Streiks, ungeheure Unzufriedenheiten, die den Betrieb unfähig machen; überall Pläne der Beschäftigung und Vergeßlichkeit, die den Industriellen alle Unerwartungsgelüste rauben und im Ruinstand die Vertrauen zum deutschen Kredit erschüttern. Dabei haben wir jetzt Vertrauen und Kredit jetzt nötiger als je. Ohne die Hilfe des Auslandes kommen wir nicht wieder hoch, und wenn wir nicht insstande sind, wieder Waren auszuführen, müssen wir auf Brot und Fett von dem Ausland verzichten. Das bedeutet aber, wie die Dinge liegen, Hunger und Tod.

Unsere deutschen Volksgenossen, modern fast freisinnig keine Zukunftsvisionen. Sie haben ein sehr einfaches Rezept in der Tasche: alles vorhandene Geld und Gut wird beschlagnahmt und verteilt; was sich nicht zur Verteilung eignet, unterliegt der sogenannten Sozialisierung. Die Gedankenlosigkeit und Arbeitslosigkeit des bürgerlichen Mannes mit dem Staatssekretär Schiffer, der nur einige bestimmte Betriebsarten „sozialisieren“ will. Es ist, so liegen sie, immer bloß der erste Schritt, der Anstrengungen fordert. Den Elektrifizierungsgesellschaften folgen die Kohlenbergwerke und die gesamten Anlagen der Großindustrie; nachher nimmt man dann auch den selbständigen Kleinbetriebern ihr Eigentum fort. Das heißt bei der Sozialisierung der Hauptteil des Geldvermögens verflüchtigt, weil ein angestellter Beamter nie so genau rechnet, als der vornehmlich disponieren und gegebenenfalls so wagemutig sein darf wie der Privatbesitzer, das überleben die Wirtschaftsbetriebe nicht. Ihnen kommt es ja auch nur darauf an, selbst ohne anstrengende Arbeit, möglichst überhaup ohne Arbeit, viel Geld zu verdienen. Was dabei aus dem deutschen Wirtschaftsbetriebe wird, ist ihnen gleich. Den Letzten heißen die Gunde.

Der erste Hartfort, ein echter Achtundvierziger und unerschrockener Freiheitskämpfer, hat den unruhigen Richten schon vor sechzig Jahren die Wahrheit gesagt. Auch damals glaubten viele, man wäre die goldene Zeit angebrochen, und indem würden die gebotenen Tausenden in den Mund fliegen, sobald er nicht ein mal die Hände zu rühren brauche. In Hartforts Worten: Arbeiterbetriebe liegt nun zu sehen. Wenn Sie mitgehen wollen, denn die Menschen liegen zu bleiben, dann hilft nur Aufbruch und Umkehrung! Sie sind das unschätzbare Mittel, dahin zu gelangen! Und weiter: „In Krieg und Not leben 40 000 Metallarbeiter. Geheiß, sie wollten von 12 auf 12 000 leben und plündern einen Kaufmann, der 40 000 Taler besitzt, rein aus. Dann hätte jeder Dieb einen Taler. Geheiß, das ganze in ein halbes Jahr lang lang fort. Dann wäre kein Kaufmann mehr im Lande. Kein Bauer wäre so reich, wie man ihn die Schwärme Hungers Herden oder doch gleich den Wölfen sich untereinander fressen. Welt Ende die alte Forderung: Tausende können wieder von Millionen reich werden. Tausende können reich werden, es muß herbei gearbeitet werden. Wenn die Leute darf man nicht von Gütergenossen freunden, denn die Zeit wird sie kommen, wo der Hunger und Not für den Dummer und Faulen mitarbeiten will.“

Wohlgemachte und Vergeßlichkeit, Raub und Gewalt unter neuen Namen führen zu völliger Ruin und Untergang eines Volkes. Jetzt sind wir auf dem Wege dazu. Man braucht, um das zu erkennen, nicht erst nach England zu

den. Nur einige, die geliebt hätten, deren Schritte nicht ohne Widerstand zu tun, bringt wirkliche Erfolge; alles andere geht an den Nationen vorüber, wie Horstors 40 000 Pfänder davon zehren. Es mag tapfer gearbeitet werden — ein anderes Mittel zum Wohlstand hat noch keiner entdeckt.

### Wer trägt die Schuld an dem Wintergelegen?

Berlin, 28. Dez. Die Vertreter der Reichstagsfraktionen im Rat der Volksbeauftragten veröffentlichten im „Vorwärts“ eine Art Nachbetrachtung ihres Verhaltens in den Ereignissen unmittelbar vor der Weimarer Revolution. „Auf was fällt“, so fragen sie, die Schuld an Gewalttat, Straßenkampf und Bürgerkrieg? Die Reichsregierung wurde am Montag nachmittag von ihrer eigenen Wache gefangen gesetzt. Die Verhaftung von Wels und seinen Mitarbeitern kam hinzu. Die Regierung begann mit Verhandlungen, um Wintergelegen zu vermeiden und vor jeder Verhandlung bereit. Am Abend einigte man sich dahin, daß Wels und seine Begleiter freigelassen werden und das Schicksal von den Matrosen zu räumen sei. Wer verurteilt man, wie weiter gefordert, die Ausführung dieses Uebereinkommens?“

Am 11 Uhr, um 12 Uhr, um 1 Uhr nachts wurde mit Schloß und Marfall telephoniert. Immer noch war Wels nicht freigelassen. Die Regierung wartete; Truppen, die aus Potsdam im Anzuge waren, wurden zurückgeschickt, überall zur Ruhe gebracht. Um 1 Uhr morgens kam von einem Führer der Volksmarineoffiziere aus dem Schloß die telephonische Meldung: „Ich kann für das Leben von Wels nicht mehr garantieren!“

Auf diese Nachricht hin, daß ein Mann, den die Regierung auf den schwersten Posten gestellt hatte, von seinem Weichenworte lebhaft sei, daß die besonnenen Führer von Kameraden von der Marine nicht mehr die Herrschaft hätten über die, wozu auch vor einem verwerflichen Verlaufe nicht zurückzukehren, geben die drei allein noch ungewunden Volksbeauftragten Ebert, Seidemann und Landberg die Weisung an die zukünftige militärische Kommandobehörde, das Bistige zu veranlassen, um das Leben des Genossen Wels zu retten und ihn zu befreien...“

Die drei Volksbeauftragten hielten danach wiederholt fest, daß sie selbst keine bewaffnete Vorgehen vermeiden wollten.

Die „Freiheit“ macht es den genannten Volksbeauftragten zum schwersten Vorwurf, daß sie auf diese telephonische Meldung hin den Befehl zum militärischen Einschreiten gegeben hätten. Die weitere Frage der Freiheit, wo denn der Unbekannte sei, der die Volksbeauftragten telephonisch angezogen habe, und weshalb der Name nicht genannt werde, antwortet eine belegte Seite premt durch W. L. B.:

Der Führer ist Kade. Von ihm als dem Verantwortlichen im Schloße kam die Mitteilung, die noch mit sehr viel anderen Einzelheiten verbunden war. So sagte Kade, bei dem Anbruch, Wels von einem Zimmer in das andere zu bringen, sei nicht nur dieser von den Matrosen beinahe umgebracht worden, sondern er selbst habe sich bei seinen Bemühungen, Wels zu schützen, in Lebensgefahr befunden.

### Die Opfer der Berliner Straßenkämpfe.

Berlin, 27. Dez. Wie der Berliner Romanhandlert mitgeteilt wird, soll das Gardekorps 36 Tote zu verzeichnen haben. Auf der anderen Seite sind 6 Matrosen und 5 Angehörige der Feldtruppen getötet. Die Beerdigung der Opfer soll am nächsten Sonntag stattfinden.

### Weitere Zusammenstöße in Berlin werden befürchtet.

Berlin, 27. Dez. Wie verlautet haben die Arbeiter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, alles Spartakusanhänger, heute sich sämtlich bewaffnet und auch an andere Spartakusmitglieder Waffen und Munition verteilt. Die Regierung hat Gegenmaßnahmen ergriffen.

Wie aus dem heutigen Kommandanturbefehl hervorgeht, ist der Stabkommandant nach Otto Wels, mit dessen Stellvertreter Leinwand Fildner beauftragt.

### Spartakus will die Regierung stürzen.

Zur Sage der Regierung schreiben die „Vol. Karl. Radv.“: Von verschiedenen, unbedingt zuverlässigen Seiten ist der Regierung authentisch mitgeteilt worden, daß die Spartakusgruppe beschlossen hat, sobald wie möglich, wenn auch unangenehm heute, die Volksbeauftragten zu stürzen und die neue Regierung Leinwand-Fildner-Edelhorn zu proklamieren.

Wie uns unser Berliner Vertreter weiter mitteilt, schwebten zwischen den Unabhängigen Führern und den Vertretern der Spartakusgruppe am Freitag eingehende Verhandlungen, woraus geschlossen werden muß, daß der Standpunkt Reicherts in den Verhandlungen der Regierung mit Nachdruck von den Unabhängigen vertreten wird.

### Kade in Berlin?

Berlin, 27. Dez. Von zuverlässiger Seite geht der „Vol. K.“ die Nachricht zu, daß der Chef der bolschewistischen Propaganda, Karl Kade, in Berlin weilte. Er ist nicht als offizieller Vertreter der Sowjetregierung gekommen und die Einreise war ihm auch nur auf Schleichwegen, ohne Wissen der Behörden, ermöglicht.

### Die Reichskonferenz des Spartakusbundes.

Berlin, 27. Dez. Auf der Tagesordnung der Reichskonferenz des Spartakusbundes, die für kommenden Montag einberufen ist, stehen folgende Punkte: 1. Die Krisis mit der unabhängigen Sozialdemokratie. 2. Das Programm des Spartakusbundes; 3. Nationalversammlung; 4. Internationale Konferenz.

### Der Spartakus-Terror im Ruhrgebiet.

Den „V. R.“ wird aus Bochum berichtet: Dem Freitag sah man im Ruhrrevier mit Spannung und einiger Befürchtung entgegen. Die Nachricht, daß eine Gruppe von einem Genossen K. in den die Spartakusleute vorbereiteten, dessen Ziel sei, die gesamten Zonen des Reiches in ihre Gewalt zu bringen. Angesehen sollten auf jeder Bergwerksanlage 20 Gewerke erscheinen, deren Ziel sei, die Zechen befehen und die Bergarbeiter zum Eintritt in den Spartakusbund zu zwingen. Dem K. mit der Nachricht, daß die Spartakusleute nicht nur bei der Verwaltung des Bergarbeiterverbandes eingeleiteten Maßnahmen erkennen lassen, hat sich in der Streikzeit nichts Wesentliches geändert. Die übergrößen Re-

gierungen oder lieber heute als morgen die Arbeit wieder aufnehmen, wozu nicht die Spartakusleute ihren Terror ausüben.

Berlin, 27. Dez. Die „Vol. Karl. Radv.“ urteilt: Am zweiten Reichstagskongress sind die Direktoren der Gewerkschaft „Deutscher Arbeiter“, von den Ausständigen aus ihrer Wohnung geholt und mit den Vertretern der Stadtverwaltung Hamburg im dortigen Rathaus interniert worden.

Die „V. R.“ beachtet, entspricht die Meldung über die Verhaftung des Herrn August Köhnen nicht den Tatsachen. Es wurden in Hamburg drei Arbeiter in Schutzhaft genommen, die aber am Abend bereits wieder in Freiheit gesetzt wurden.

### Barth verhandelt mit den Streikenden.

Berlin, 27. Dez. Die Reichsregierung hat die Streikenden dringend ermahnt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Im Auftrag der Regierung ist der Volksbeauftragte Barth nach Hamburg gereist.

Auch aus den übrigen Teilen des Reiches nehmen die Meldungen über Spartakusische Aufstände zu. So melden die Vorposten, daß die oberdeutschen Gruben bedroht seien. Die Kohlenförderung beträgt nur noch die Hälfte der normalen Förderung des Friedens.

### Erzberger über den Völkerverbund.

Berlin, 27. Dez. Auf Einladung der Vertreter der Kaufmannschaft in Berlin hielt Staatssekretär Erzberger heute in der Handelshochschule in Berlin einen Vortrag über den Völkerverbund, in dem er u. a. ausführte:

Die Notwendigkeit des Völkerverbundes ergibt sich aus dem Zusammenbruch des bisherigen internationalen politischen Systems, das ausschließlich auf Gewalt und Notwendigkeit der Staaten beruhte. Das politische Prinzip war bei den Beziehungen der Völker ausgesprochen. Das heutige System bedroht ungeheurer Missetat. Die Völkerverbundung ist ein europäischer Völkerverbund, der die gemeinsamen Aufgaben, das Meer- und Landverwehren verlässlich normaler sozialer Welt wie der öffentliche Unterricht und Sozialhilfe wie die Rechtspflege. Welche Summen der Weltkrieg gekostet hat, das kann heute noch niemand sagen. Ginge das alles System weiter, so müßten angelegentlich der technischen Vervollkommenung der Kriegsmaschinen die einzelnen Völker Lasten tragen, die einfach nicht zu ertragen sind, von dem Menschenverbrauch gar nicht zu reden. Der Völkerverbund braucht nicht aus dem Nichts geschaffen zu werden. Vor dem Krieg bestand eine Art Zweckverband der Staaten, internationale Verträge, internationale Bureaus. Aber alles ist an dem Fehler, daß es an dem Zwange für die Staaten fehlte. Gegenüber dem alten Deutschland ist der Völkerverbund nicht ungedrungen, daß es dem Schiedsgerichtsgebäude an durch Benennung von dessen allgemeiner Durchsicht, immer geschäftlich hat. Dieser Gebanke muß jetzt ganz ungeschwächt angenommen werden. Die schiedsgerichtliche Schiedsgerichtsbarkeit ist der Angelpunkt des ganzen Völkerverbundes.

Die zweite Voraussetzung ist die Abrüstung.

zu Lande zu Wasser und in der Luft. Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung hängen einander. Mit der Aufhebung der Dienstpflicht ist die wesentliche Bedingung der Abrüstung erfüllt. Lord George hat umfaßt den Abbau der Wehrpflicht in Aussicht gestellt. Das heißt, daß Amerika tun. Frankreich kann sich diesem Vorgehen nicht entziehen (?). Aufstand hat die Wehrpflicht bereits abgeschafft. Die Freiheit der Meere als ein Teil der Freiheit des Völkerverbundes liegt schon in dem Begriff der Abrüstung.

Die dritte wesentliche Voraussetzung für den Völkerverbund ist die Gleichberechtigung in wirtschaftlicher Beziehung.

Zweck und Ziel des Völkerverbundes will weiter die internationale Regelung des Arbeiterrechtes, des Wehrerrechtes und der Arbeiterversicherung. Der Völkerverbund hat in den Kreis seiner Aufgaben auch eine Verständigung über die ostasiatischen Kolonien einzubeziehen. Der Ausschluss Deutschlands von Kolonialpolitik wäre eine kulturelle Ungerechtigkeit.

Erzberger ging jedoch auf die Zweifel an der Möglichkeit des Völkerverbundes-Gebankens ein, die durch das Verhalten der Entente, insbesondere in der schiedsgerichtlichen, der scheidenden und der politischen Frage hervorgerufen wurden und betonte, die Bevölkerung von Gleichsetzungen muß selbst entscheiden über ihr politisches Schicksal. Treibt Frankreich Gewaltpolitik gegenüber dem unbedeutenden Volk und Land, so muß die Welt heute schon wissen, daß der Völkerverbund den Tabakstein in sich trägt. Wenn sich Deutschland nach den Wünschen der Unabhängigen, so würde sich ein Weg vorgezeichnet, auf Grund dessen die Polen einen Zugang zur See bekommen können, ohne zu einer durch nichts berechtigten Annexion zu greifen. Wenn die Welt glauben sollte, das wehrlose Deutschland könne jetzt zerstört werden, so mag vorübergehend angeordnet werden, daß die Welt glauben sollte, sich betrieblen, auf die Dauer aber nicht. Der neue Krieg würde die Folge sein. Glaubt man, daß man einen dauerhaften Zustand in Europa erreichen kann, wenn Deutschland zerstört am Boden liegt? Ein nationaler zerrissenes und atemloses Deutschland ist die größte Gefahr für den Völkerverbund, das deutsche Volk, geistig und körperlich, aber die beste Wehrkraft für die Selbstverteidigung des Völkerverbundes, Präsident Wilson hat die Wahrheit dieses Satzes erkannt. In Paris und London haben wir noch nicht so weit zu sein. Dem Völkerverbund braucht aber noch eine weitere große Gewähr. Die Bewegung des Schiedsgerichtes, Friedensbewegung, eine ernsthafte Witterung überleben ist in nachdrücklichen Forderungen, die sie an das deutsche Volk zu machen haben und Arbeitstrust stellen. Mehrere hundert Milliarden Mark werden als das Minimum des Schadensersatzes ansehnlich.

Der Staatssekretär wies jedoch in seinen Ausführungen aus den in seine kommenden Stellen der verschiedenen Rundschreiben Wilsons nach, daß über die Frage der Entschädigung eine grundsätzliche Einigung mit der Entente erzielt sei. Er fuhr dann fort: Präsident Wilson ist also der Auslöser, welche die Mächte der Schiedsgerichtsbarkeit anrufen haben, begehren, nicht aber der Auslöser, welche die Mächte beiderseitig der Freiheit der Meere wirtschaften. Entschädigung bedrohen ist aber die Frage des Schadensersatzes. Danach ergeben sich folgende Sätze:

1. Es besteht vollkommene Uebereinstimmung zwischen Deutschland und sämtlichen Mächten über die Frage der Kriegsschäden im weitesten Sinne des Wortes.
2. Die unmittelbaren Kriegskosten, die jede Nation angeeignet hat, sind von dieser selbst zu tragen.

3. Alle anderen Kriegsschäden, soweit sie nicht ausdrücklich in dem erwähnten Notenwechsel angeführt worden sind, deckt gleichfalls jedes Land für sich selbst.

4. Deutschland ist zum Schadenersatz verpflichtet für die besetzten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich.

5. Deutschland hat alle Schäden, die es durch seine Angriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft in diesen besetzten Gebieten der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zuzufügen, zu ersetzen.

Die Frage, wie dieser Satz zu leisten ist, wird durch die Friedensverhandlungen geregelt. Es darf aber als feststehend angesehen werden, daß unsere Kriegsgefangenen zur Befreiung nicht verpflichtet werden können.

Zu mehr hat sich Deutschland nicht verpflichtet, mehr kann von ihm auch nicht verlangt werden. Deutschlands Ausplünderung nach dem Völkerverbund und umöglich, das liegt auch nicht im Interesse der Entente. Der Staatssekretär schließt: Die Weimarer Reichsregierung hat sich entschieden für die Völkerverbundung mit allen entworfenen, entworfenen, ob es über kurz oder lang einen neuen Krieg mit dem Ruin der Welt. Die Welt sollte nicht länger fallen.

### Der Wilson-Frieden verbürgt?

Wilson meint nun bereits geraume Zeit auf europäischem Boden. Er hatte Gelegenheit mit allen maßgebenden Personen in Verbindung zu nehmen und ihre Ansichten über den Frieden zu hören. Nach dem er nach England ging, veränderte er in einer Hinsicht den eigenen Stand, daß die Alliierten, mit denen Amerika verbunden ist, „generell alle Vorkämpfer aufrecht erhalten, die auf einen gerechten und dauerhaften Frieden beruhen, wie auf die enge Zusammenarbeit der Völker der Welt abzielen.“ Demnach scheint es Wilson anzuzeigen zu sein, die Franzosen und die Alliierten nicht wieder aus ihren Vorkämpferpositionen und der Alliierten, Deutschland zu trennen, abzutreiben. Anders sollte man diese Worte nicht auslegen können, obwohl Wilsons Absicht nicht unbedingt aufzuweisen ist. Wir dürfen also heute nicht mit der Begeisterung behaupten, daß Wilson uns ein gerechterer Friede in die Hände drückt, was uns mit dem heutigen Friede nicht abnimmt. Wilson wird seine „Wortführer“ nicht ganz ohne Lohn lassen, aber er wird doch alles darauf ansetzen, die Welt im Völkerverbund zusammen zu bringen. Ein Völkerverbund im Wilsonschen Sinne kann aber nur dann zustande kommen und bestehen, wenn er Deutschland als Mitglied mit gleichen Rechten und nicht als Gefangenen in sich faßt.

Nur eine Verständigung müssen wir haben: Sollte sich die radikale Richtung in Deutschland durchsetzen, der Pazifismus, muss er's nicht kommen, dann wird auch Wilson in der Welt nicht mehr zu halten sein. Die Alliierten können, sondern damit einverstanden sein, daß der Krieg gegen den Pazifismus in Deutschland am Boden geschickt wird. Dabei ist aber insbesondere wichtig, daß eine Fortsetzung des Krieges den Franzosen und Engländern nur neue Gewinne und größere Vorteile schaffen kann. Und es wäre nicht überaus schön, wenn alle Vorkämpfer, Deutschland und Frankreich, zu zerstört, unterliegt würden. Sollten wir nicht durchhalten, was nicht Ordnung und Ruhe unter der lebigen Regierung bis zum Friedenskonferenz, dann wird Wilsons Friedensschicksal für uns keine gute Bedeutung haben können.

### Eine Rede Wilsons in England.

London, 26. Dez. In Dover wurde Wilson vom Herzog von Connaught und dem Vizekönig Dubois empfangen. Auf dem Bahnhof verließ der Vizekönig Wilson von Dover eine Willkommensadresse. Darauf antwortete der Präsident:

Ich glaube, daß wir trotz aller Schwierigkeiten Opfer und Leiden des Krieges eines Tages, wenn wir auf sie zurückblicken, ansehen werden, daß sie der Welt wert waren, nicht nur wegen der Sicherheit, die sie der Welt gewährt haben, sondern auch wegen der Anstrengungen, die sie zwischen den arabischen Nationen zu dauernder Erhaltung von Recht und Frieden schufen.

### Lord George lacht ein.

Der Londoner „Economist“ meldet, Lord George beginnt einzulachen. Er erklärte, man dürfe sich hinsichtlich der Kriegsentwicklungen keinen allzu übertriebenen Erwartungen hingeben. Deutschland könne höchstens in Form einer Anleihe zahlen.

### Eine amerikanische Studienkommission in Deutschland.

München, 27. Dez. In München trifft aus der Schweiz eine amerikanische Kommission aus dem Gesandten Wilsons ein, die zunächst in Bayern und dann im übrigen Deutschen Reich die politische Lage und die Verhältnisse der Lebensmittelversorgung untersuchen soll.

### Die Nationalwahlen im besetzten Gebiet.

Berlin, 27. Dez. Auf die von der Deutschen Weimarer Reichsregierung dem Oberkommando der Alliierten vorgelegten Wünsche, daß zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung die Abvernehmungsmassnahmen in dem besetzten Gebiet zu mildern seien, hat Marschall Foch den deutschen Behörden folgende Erklärungen angeschlossen:

1. Die ordnungsmäßigen Verwaltungsberechtigungen sind befristet, ohne Einschränkung Berichte zu verbinden, die sich auf die Vorbereitungen für die Wahlen und auf die Wahlen selbst beziehen.
2. Freigabe und Versammlungsfreiheit werden von den alliierten Armeen gewährt in einem Maße, das mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und dem einmündigen Verhalten der Bevölkerung gegenüber den alliierten Armeen im Einklang steht.
3. Die Eingriffe in die besetzten Gebiete oder die Ausreise nach dem Innern Deutschlands wird den Verbänden gewährt, welche im Besitz eines Befehlsgewalts der ordnungsmäßigen Verwaltungsberechtigungen sind.

Die obigen Anordnungen finden keine Anwendung auf das Gebiet von Elb-Lothringen.

### Die Belgier wollen Essen besetzen.

Berlin, 27. Dez. Aus Essen meldet der „Vorwärts“: Ein belgischer Offizier erschien am Donnerstag in Essen und verlangte die Herausgabe eines Stabplanes, da infolge der in der Stadt ausgebrochenen Unruhen eine militärische Besetzung notwendig sei. Er wurde ihm erklärt, daß in Essen alles ruhig sei.

### Eisernung der Weiterarbeit der rheinischen Fabriken.

Bonn, 27. Dez. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Schiffer hat von einer Reise nach Ruessburg zurückgekehrt. Die dort geführten Verhandlungen über die Versorgung der rheinischen Werke und Fabriken mit Rohle, Eisen und Metallen haben zu einem Einigen kommen. Der Vertreter der Entente gefordert und lassen ein Ergebnis erhoffen, das die Weiterarbeit der letzten und rechtsrheinischen Fabriken sichern wird.

### Ein Straßenkampf in Posen.

Posen, 27. Dez. Heute abend gegen 6 Uhr entzündeten in Posen Krawalle, in deren Verlauf es zu einer Schießerei kam, die einen gefährlichen Anfang annehmen drohte. Als Ursache der Unruhen wird angegeben, daß von deutschen durchziehenden Truppen eine der bei den Polen in großer Zahl herabhängenden Flaggen in amerikanischen, englischen und französischen Farben herabgerissen worden sei. Ein Trupp von etwa 100 Polen (Zivilisten und Soldaten der polnischen Wehrmacht) zog demonstrierend gegen den Wilhelmplatz zum Polizeipräsidium, um es mit den polnischen Fahnen „haut ihn!“ im Sturm zu nehmen. Es wurde geschossen, und eine Abteilung von 30 Mann des 20. Feldartillerie-Regiments mit Maschinengewehren mußte den bedrängten Kameraden zu Hilfe eilen. Nach einem heftigen Feuergefecht gelang es schließlich, die Polen zurückzuführen. Soweit bisher festgestellt werden konnte, hatten die Deutschen einen bewaffneten Soldaten und einen verwundeten Zivilisten zu befehlen, während die Verluste auf polnischer Seite erheblich sein mußten. Gegen Abend war die Ruhe in der Stadt völlig wiederhergestellt.

Posen, 27. Dez. Korfanth, der in Posen weilt, erklärt die Mitteilung der „Donziger Nachrichten“ von einer polnischen Truppenabteilung und weiteren polnischen Absichten, der Entscheidung des Friedenskongresses vorzutreten, als unwahr.

### Aus Stadt und Umebung Was gibt es an Lebensmitteln?

Rohfleisch- und Fleischwaren-Verkauf: Am 30. Dezember von 9-11 und 2-5 Uhr bei Hoffmann, Wühl 6, von 2-5 Uhr bei Währens, Fischer Keller und von 1-4 Uhr bei Raundorf, Obere Brückstraße. Mager- und Butterfleisch-Verkauf: Am 30. Dezember bei Albert, Vogel, Fischer, Rötterich, Trommer, Fröhner und Runede.

### Die Ausgabe der Milchkarten

für den Monat Januar erfolgt am 30. und 31. Dezember im alten Rathaus.

### Die Wästelkästen der Stadtgemeinde Merseburg

für die Wahl zur Nationalversammlung liegen vom 30. Dezember ab bis 6. Januar im alten Rathaus (Heiner Saal rechts) zu jedermanns Einsicht aus.

Der Leubart erinnert an die sofortige Bestellung der vorchriftsmäßigen Wahlurne.

### 45 Gramm Margarine

werden in sämtlichen Buttergeschäften für die nächste Woche verausgabt.

### Die Ausgabe der Kriegsunterstützung

erfolgt am 30. und 31. Dezember.

### Bekanntmachungen der Kriegsrohstoff-Abteilung

zu der vorliegenden Nummer betreffen wieder die Aufhebung verschiedener Beschlagnahme-Verfügungen.

### Von den Vorlagen der Stadtrats-sitzung

am kommenden Montag nennen wir u. a.: Erhöhung des Schulgeldes für die ausmündigen Schüler des Lyzeums und der Fortbildungsschule, Gründung der Stelle eines Vermessungsbeamten, Bewilligung von Mitteln zum Straßenausbau, Gewährung einer einmaligen Feuerungszulage an die hiesigen Privatangehörigen, Annahme einer Sitzung, Schulungsabteilung für die Erwerbslosenfürsorge und Ausbau einer weiteren Wohnung.

### 1000 Mark Belohnung für Ermittlung von Wärdern.

Wie der Staatsanwalt am Landgericht Naumburg in der vorliegenden Nummer bekannt macht, hat der Regierungspräsident 500 M. Belohnung für Ermittlung der Personen ausgesetzt, die in dem einen Falle jetztzeit auf den Nachwächter Trinius in Wilsdorf geschossen und ihn tödlich verletzt sowie im anderen Falle den Fabrikbesitzer Weiß aus Leipzig im Kreise Querfurt erschossen haben.

### Kreisrichterrat.

Laut Inzerat findet am 4. Januar 1919 in Willers Fremdenhof ein Beiratung statt, zu welchem die Beherdener des Kreises und einzelnesche Lehrer und Beherdener eingeladen werden. Zutreffend sind an der Leptor Beherdener, Theodor, 2 zu richten.

### Wiederaufnahme der Bauarbeiter auf der Eisenbahnstrecke Merseburg-Josfen.

Wie wir hören sind die Arbeiten auf der Neubaustraße Merseburg-Josfen von der Eisenbahnbau-Abteilung Merseburg, deren Firma vorübergehend wegen Einstellung der Bauarbeiten ruhte, auf der ganzen Strecke wieder aufgenommen worden. Die Beschäftigten der Bauabteilung befinden sich jetzt Seiffersfeld.

### Zwei Sträflinge aus dem Amtsgerichtsgefängnis ausgetrieben.

Eine äußerst frische Ausbruchstat verübten Freitag abend gegen 7 Uhr zwei jugendliche Sträflinge des

hiesigen Amtsgerichtsgefängnisses. Als der Gefangenenaufseher den einen Sträfling etwas in die Zelle schickte, rief dieser den Aufseher in die Zelle hinein, lehrte derselbe schleunigst den Rücken und schloß den Aufseher ein. Dann entfernte er seinen Kump an. Beide begaben sich dann in die Küche der Familie des Aufsehers und forderten unter Androhung mit dem gefüllten Weiser von der geängstigten Frau des Aufsehers ihre Befreiung aus dem Gefängnis, die sie auch erreichten. Sie erkannten und sind noch nicht wieder ergriffen. Es handelt sich um die jüngeren Jungen Edwin Fischer und Schreiber mit blankem Kopf, dunkler Nase, Schnurrücken und schwarzen oder grauen Fuß und Wangen (ebenfalls mittelgroß, behärdet mit dunklem Aelanzug, schwarzen Schnurrücken und schwarzem oder grauem Hut).

### Die Weichte des Mäudes.

Die Kammer-Schiffspiele eröffneten den neuen Spielplan Freitag abend mit dem tiefgründigen vieraktigen Drama „Die Weichte des Mäudes“. Der Gutspädler eines gräflichen Besitzums lebt mit seiner Schwelger in inniger Harmonie zusammen. Da verliert sich der Sohn des Schloßherrn in seine Schwelger, die aber infolge der Unbesorgtheit eine eheliche Verbindung ablehnt. Der junge Graf verdingt sich nun als Knecht bei den Gutspädler und erwirbt so die Handlung. Die wiederholten Zusammenkünfte mit der Gräfin werden von dem Bruder beobachtet und streng verboten. Als sich die Knecht verdächtig und hat auch die Beziehungen zu der Schwelger seines einflüchtigen Arbeitgebers abgebrochen. Man ermittelt aber er sich, um das väterliche Besitztum vor dem finanziellen Zusammenbruch zu retten, mit einer reichen Gräfin verlobt hat. Während der pompösen Hochzeit auf dem Schloß erscheint der Gutspädler mit der Schwelger und fordert Respekt vor dem Vater. Dieser leugnet alles ab und wirft beide aus dem Hause. Als Vermeidung hier: verfehlt der Gutspädler den jungen Grafen einen Stich in den Kopf. Dann flieht er und irrt tagelang unter den größten Lebensgefahren umher. Er findet schließlich halbtot in einem Acker Wärdener, wo er Weichte über seine Tat bekennt und hierauf zur Bestrafung der Sühne entlassen wird. Nach Verhängung der Strafe kehrt er ins Acker zurück, wird aber von dort wieder weggeschickt. Heimwärts irrt er umher und landet schließlich bei seiner inzwischen glücklichen und erblinden Gräfin verheirateten Schwelger. Das Film drama ist außerordentlich spannend bearbeitet und reich an emotionalen Szenen. Wer lernen in ihm in herrlichen landschaftlichen Bildern das Leben und Treiben in einem Acker und in einem vornehmen gräflichen Schloß kennen. Die Darstellung kam als vollendet bezeichnet werden. Dem gewaltigen Werk gehörte das größte Interesse.

### Zivill-Belehrer.

Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: „Sommer geht nun einstudiert die multifunktionale und technisch so hübsche Operette „Der Soldat der Marie“ mit Ludwig Heine als Golt in Szene. Die Operette ist seit ihrer Uraufführung im Sommer 1917 in Merseburg ein häufiges Repertoirestück der deutschen Bühnen geworden. Am 1. Januar wird die unüberhörliche letzte Aufführung der unüberhörlichen, melodienreichen Operette „Die Gardasärlin“ statt. Gedmiltags wird zum letzten Male „Max und Morik“ gegeben.“

### Turnen, Spiel und Sport

Fußball. — Am „Magarier“ treffen sich die zweite B. f. B. III mit der 1. Mannschaft Sportklub-Palle. Sportklub verfügt zur Zeit über eine durch heimische Spieler verstärkte Mannschaft. Das Spiel verläuft interessant zu werden. Ballspielverein Hohenzollern II spielt heute in Halle gegen Sportfreunde II.

Verabschieden. — Der Fußballklub Hohenzollern Halle wird sich am 1. Januar 1919 neubilden. In Naumburg haben sich die Turn- und Sportvereine, auch Arbeiter-Turnerclub in einer von den Reichsvereinsorganisationen einberufenen Versammlung zu einem Sportartklub zusammengefasst. Die „A. N. R.“ schreibt: „Dieses Zusammenschließen mit den Arbeiter-Sport- und Turn-Organisationen erscheint sehr vorbildlich und deutet sich auch von den Mitwirkenden, die zuerst im Deutschen Reichsverband für Reichsbewegung herrschen, Bestrebend war übrigens, daß von den Unabhängigen auch hier jeder Einigung widersprochen wurde. Die Anhänger dieser Richtung blieben jedoch in der großen Minderheit.“

Weihnachtsfeier. — Ballspielverein „Hohenzollern“ hielt vorgestern abend wie jedes Jahr eine Weihnachtsfeier im großen Saal seiner Mitglieder im „Salzen Wirtshaus“ ab. Sehr zahlreich fanden sich die Mitglieder, auch die aus dem Festen „Seimgehehen“, ein. Mit einer kernigen Rede begrüßte der Leiter Pignier die Erschienenen, vor allen die aus dem Festen beimgesetzten Mitglieder. Eine Unterhaltung in bunter Weisensprache folgte für die nötige Abwechslung, worunter die Weihnachtsverlosung hervorzuheben werden muß, wozu sehr schöne Gewinne gestiftet waren. Abschließend verließen die geselligen Stunden.

### Wettervorausage

Samstag, 29. Dezember. Unruhig, wolfig, mild. Zeitweise Regen.

### Sekte Depeschen

### Vor der Entscheidung.

Auscheiden der Unabhängigen aus der Regierung?

Berlin, 28. Dez. (Eig. Draht). Die Regierungskreise soll heute entschieden werden. Da die von den Volksbeauftragten angeregten Anlässe des Zentralrates gefiern noch nicht vollständig verannuliert war, um Weisnisse lassen zu können, wurden die offiziellen Beratungen noch heute aufgenommen. Heute morgen hat der Zentralrat für sich allein beraten und erst nach Mittag soll die gemeinsame Sitzung mit den

Volksbeauftragten zur Entscheidung der Krise abgehalten werden.

Der Rat der Volksbeauftragten hatte heute morgen eine Besprechung mit einer Pressekorrespondenz, die sich mit der Errichtung der Republik beschäftigt (D).

Die Reichsvereinsorganisationen erklären, daß sie ohne Weisnisse die weitere friedliche Entwicklung nicht verbürgen können. Die Unabhängigen sind noch immer der Meinung, daß sie keiner Nachmittags bedürfen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Dem Zentralrat liegt eine ungeheuer schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe ob. Man hofft, daß der Zentralrat eventuell durch einen Personewechsel eine friedliche Lösung der Krise finden wird. Zu politischen Kreisen beruht die Auffassung, daß die Unabhängigen aus der Regierung auscheiden werden.

### Sozialistische Massen demonstration am Sonntag geplant.

Berlin, 28. Dez. Ein Aufruf zu Demonstrationen am Sonntag wendet sich an die „ganze Berliner Bevölkerung“. Er lautet:

Die Vorgänge der letzten Tage haben die Erregung der Berliner Bevölkerung gegen das terroristische Treiben der Spartakusgruppe zur Sache gemacht. Der Wille der mittlichen Massen muß so rasch wie möglich zum Ausdruck kommen! Wer nicht will, daß mehr als 90 Prozent der Bevölkerung durch kleine bewaffnete Truppen terrorisiert werden, wer Gewaltstreiche, wie die Festsetzung der Regierung durch eine Schaar bewaffneter oder den Raub des „Vorwärts“ durch irgendwelche Heulen verabsieht, wer will, daß endlich das Ministergeheim in den Straßen Berlins aufhört und Ruhe und Ordnung einkehren, wer Berlin vor einer Besetzung durch die Entente bewahren will, der halte sich bereit, mitzudemonstrieren. Die Welt soll und muß erfahren, wo die Berliner wertvolle Bevölkerung steht. Neberrmann gehört am Sonntag in die Reihen der Demonstranten gegen die Vordiffatur des Spartakusbundes!

### Fransösisches Einigenkommen.

Berlin, 27. Dez. Die deutsche Botschaftslands-Kommission teilt mit: Am 23., 24. und 25. Dezember verhandelte in Luxemburg im Hauptquartier des Marcksche Kofch eine deutsche Reichsdelegation unter der Leitung der Staatssekretäre Dr. August Müller mit einer französischen Delegation über Fragen, die in erster Linie die Wiederherstellung des Verkehrs zwischen den nicht besetzten und den besetzten Gebieten Deutschlands betreffen. Die sehr schwierigen Verhandlungen führten zum Schluß zu einer Einigung. Zwar verstand sich die französische Delegation nicht dem, den deutschen Standpunkt anzuerkennen, daß die militärische Besetzung keinen Einfluß auf das Wirtschaftsleben und den Wirtschaftsverkehr ausüben darf, aber sie bemühte sich teilweise doch, den deutschen Wünschen entgegenzukommen und dadurch die endgültige Einigung schließlich bis zu einem gewissen Grade zu erleichtern.

### Wilson bei Lloyd George.

London, 27. Dez. Reuter. Wilson hatte heute im Buckingham-Palast eine zweistündige Unterredung mit Lloyd George und Balfour.

### Der Bergarbeiterstreik in Oberhessen.

Weuthen, 27. Dez. Der oberhessische Bergarbeiterstreik ist erneut im Aufleben.

### Die Heimkehr Lettows-Verbecks.

Haag, 27. Dez. Wie die englischen Mäler mehren, wird General v. Lettow-Verbeck vermutlich gegen Anfang Februar in England eintreffen.

### Die jählichen Nationalwahlen.

Dresden, 27. Dez. Die Wahlen zur jählichen Nationalversammlung sollen nach einem Bescheid des Landesrates der A. und S. Mäler gleichzeitig mit den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung stattfinden.

### Bolschewistische Umtriebe Liebenichts in der Schweiz.

Rotterdam, 27. Dez. Die „Dain News“ melden aus Bern: Ein deutscher Bolschewist, der nach der Schweiz gekommen war, um die bolschewistische Propaganda zu organisieren, wurde in Zürich verhaftet. Es heißt sich heraus, daß dieser Bolschewist, der Vorsteh, ein Name ist, den die Schweizer Behörden überbrachten und die Revolution in der Schweiz organisieren sollte. Die Revolution sollte mit einem Generalstreik beginnen, der durch Verfassungen aller wichtigen Einrichtungen unterstützt und dann mit einem Aufbruch in Bern, Zürich und Basel enden sollte.

### Die Marine für die Regierung.

Berlin, 27. Dez. Der Seehauptmann des Reichsmarineamts und des Admiralsstabes erklärt im „Berliner“, daß die Marineoffizieren der von ihm vertretenen Marineformationen geidolischen hinter der Regierung stehen.

### Die heutige ...

### Jedes Quantum



kauft

Stadtbrauerei Merseburg.





